

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Juni. Im Plenum des Reichstages, der gestern um 2 Uhr wieder zur Beratung zusammentrat, stand das Gesetz über die Änderung des Depositionsrechtes zur Debatte. Es zeigte sich, daß einige Parteien, in der Hauptsache die Sozialdemokraten, noch Änderungsanträge stellen wollten, die im Ausschuss noch nicht beraten waren. Bei der Abstimmung über die Frage, ob das Gesetz an den Ausschuss zurückverwiesen werden sollte, stimmten 125 Abgeordnete der Rechten gegen die Zurückweisung, 94 Abgeordnete der Linken dafür. Der Reichstag war wieder einmal beschlußunfähig und die Sitzung mußte auf kurze Zeit unterbrochen werden.

In der wiedereröffneten Sitzung wird die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums fortgesetzt.

Abg. Dr. Heuß (Dem.) weist auf die Bedeutung des Auslandsdeutschentums hin. Deutschland würde als Mitglied des Völkerbundes besser für die deutschen Minderheiten sorgen können als jetzt. Der Redner wirt dem Minister Schiele vor, daß er eine klare Stellungnahme vermeiden habe. Den Plan eines Verfassungsausschusses lehnt er als politischen Dilettantismus ab.

Abg. Eichhorn (R.) bekämpft das Innenministerium als Polizeiministerium.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In einfacher Abstimmung wird dann das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Minister Schiele gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Es folgt die Einzelberatung. Beim Kapitel Jugend- und wissenschaftliche Anstalten bespricht Abg. Löwenstein (Soz.) Schul- und Erziehungsfragen und setzt sich für die weltliche Schule ein.

Abg. Mumm (Dn.) fordert die baldige Verabschiedung des Reichsschulgesetzes. Die letzten Elternratswahlen hätten die Volksstimmung gezeigt. Überall hätten die christlichen Eltern gestimmt. Das neue Gesetz müsse dem Rechnung tragen. Der Redner wendet sich gegen die demokratischen Vorwürfe gegen die evangelischen Kirchenbehörden. Die evangelische Kirche gehe erfreulicherweise frei und unabhängig von allem politischen Parteistreit ihren Weg. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Ellenbeck (D.-N.) begrüßt den Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Schund und Schmutz. Es sei Pflicht des Staates, die Jugend vor der Zuchtlosigkeit zu schützen und die christlichen Grundlagen des Staatswesens zu stärken. Die Freiheit der Kunst werde nicht beeinträchtigt, wenn gegen die Straßendiebe vorgegangen werde, die mit ihren Schmutzsachen das Volk vergifteten. Die Konfessionen müßten gemeinsam für die christliche Kultur kämpfen.

Abg. Hofmann (Zentr.) befaßt sich mit der körperlichen Ertüchtigung der Jugend und tritt für die tägliche Turnstunde ein.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stellten die Kommunisten einen Mißtrauensantrag gegen den Innenminister Schiele, für den die Kommunisten, die Sozialdemokraten und auch ein Teil der Demokraten stimmten, im übrigen aber von der Mehrheit des Hauses abgelehnt wurde. Das Gehalt des Innenministers wurde bewilligt, worauf sich das Haus auf Dienstag vertagte.

## Der steuerliche Buchprüfungsdienst.

Im Steueraussschuß des Reichstages bildeten im Rahmen der Beratung über den Gesetzentwurf zur Änderung der Verkehrssteuern und des Verfahrens am Montag zwei Punkte den Mittelpunkt der Aussprache: einmal die Frage der öffentlichen Auslegung der Steuerlisten und zweitens der steuerliche Buchprüfungsdienst. Seitens der Regierung wurde eine Erfolgsstatistik des Buchprüfungsdienstes für das Rechnungsjahr 1924 vorgelegt, aus der zu ersehen war, daß insgesamt 63 875 Prüfungsfälle untersucht worden sind, die als Resultat eine Gesamtmehrereinnahme an Steuern von 87 964 244 Rm. ergaben, wobei 6 393 351 Rm. Geldstrafen gezahlt werden mußten.

Abg. Dr. Benck (Ztr.) ersuchte die Reichsregierung, noch vor Abschluß der jetzigen Steuerreform dem Steueraussschuß des Reichstages einen Plan zur Ausgestaltung des Buch- und Betriebsprüfungsdienstes vorzulegen.

Abg. Dr. Herz (Soz.) verlangte noch die öffentliche Auslegung der Steuerlisten.

Staatssekretär Dr. Popitz (Reichsfinanzministerium) hielt die öffentliche Auslegung der Steuerlisten für nicht ganz unbedenklich. Es sei durchaus nicht zutreffend, wenn man annehme, daß die Offenlegung der Steuerlisten in allen Fällen zu richtigen Steuerdeklarationen führen würde. Es sei früher, wo eine Dessenlichkeit der Steuerlisten in Preußen in gewissem Sinne durch das Dreiklassenwahlrecht bestand, nicht selten vorgekommen, daß Steuerpflichtige ihr Einkommen höher eingeschätzt hatten, als es tatsächlich war und zwar nicht nur aus dem Grunde, um in eine höhere Wahlklasse zu gelangen, sondern in der Hauptsache wohl darum, weil sie wußten, daß in den Steuervermissionen auch Persönlichkeiten saßen, die für eine Kreditgewährung in Betracht kamen. Das wäre ja nun für die Steuerkasse kein direkter Nachteil, aber es könnte sich auch ebenso gut das Umgekehrte zeigen, denn es habe sich erwiesen, daß Steuerpflichtige der Finanzbehörde ein sehr hohes Einkommen und Vermögen offenbart hätten, von denen man es, ihrem öffentlichen Auftreten nach, kaum angenommen hätte, daß sie so reich seien. Diese Leute haben also in ihrer Lebensführung gezeigt, daß es ihnen nicht lieb ist, wenn ihr Reichtum der Dessenlichkeit bekannt würde. Es drohe ihnen die Gefahr, daß sie sich niedriger einschätzen, sobald die Offenlegung der Steuerlisten eingeführt sei. Das seien aber nur Nebenbedenken nebenwärtiger Art.

Die Hauptbedenken bestehen auf politischem Gebiete. In der jetzigen aufgeregten Zeit würden in Deutschland in der Dessenlichkeit stehende Personen zweifelhaft durch die Offenlegung der Steuerlisten behelligt und angepöbeln werden, was wieder zu allen möglichen Auseinandersetzungen, zu weiterer Vergiftung der politischen Atmosphäre führen müßte. Aus diesem Grunde vertritt die Reichsregierung die Auffassung, daß der Zeitpunkt für die Einführung der Dessenlichkeit der Steuerliste noch nicht gekommen sei.

Abg. Dr. Fischer-Röhl (Dem.) wandte sich gegen Fälle, in denen Denunzianten, durch deren Anzeigen höhere Steuern erzielt werden konnten, ein Prozent des Steuer-mehrertrages ausgezahlt worden sei. Das sei eines kultivierten Staates unwürdig. An Stelle der direkten Auflegung der Steuerlisten empfehle Redner, daß die Steuer-

listen den in Betracht kommenden Gemeinden vorgelegt werden sollen. Die Gemeinden sollen dann die Listen einem besonderen Ausschuss aus Gemeindevorstellern, sowie aus Bürgern aller Volksschichten zur Einsicht vorlegen.

Die Abgeordneten Dr. Herz (Soz.) und Benck (Ztr.) erklärten sich mit letzterem Vorschlag im Prinzip einverstanden.

In der Abstimmung wurde ein Antrag des Abg. Dr. Benck (Ztr.) angenommen, demzufolge Großbetriebe mindestens alle drei Jahre einmal einer ordentlichen Buch- und Betriebsprüfung durch entsprechend vorgebildete Beamte oder Sachverständige der Reichsfinanzverwaltung zu unterwerfen sind. Weiter nahm der Ausschuss eine Entschließung an, welche die Reichsregierung ersucht, noch vor Abschluß der jetzigen Steuerreform dem Steueraussschuß des Reichstages einen Plan zur Ausgestaltung des Buch- und Betriebsprüfungsdienstes vorzulegen. Schließlich wurde noch eine Resolution des Abg. Dr. Herz (Soz.) angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, dem Steueraussschuß bis zur zweiten Lesung einen Gesetzentwurf über die Offenlegung der Steuerlisten vorzulegen, durch den die Gemeindebehörden einem bei ihnen zu bildenden Ausschuss aus allen Bevölkerungsgruppen die Ergebnisse der Veranlagung zu unterbreiten haben.

Hierauf vertagte sich der Ausschuss auf Dienstag.

## Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Friedrichshafen, 15. Juni. (Drahtb.) In dem heute Mittag zu seiner 55. Vollversammlung zusammengetretenen Deutschen Landwirtschaftsrat hielt der Präsident Dr. Brandes die Begrüßungsansprache, in der er erklärte, in der Landwirtschaft mache die Verschulbung in phantastischer Weise Fortschritte. Er verlangte, daß in Deutschland eine Wirtschaftspolitik getrieben werde, die die intensive Arbeit der Landwirtschaft auch auf kleiner Scholle lohnend gestalte. Andersfalls würden Millionen kleiner und mittlerer Landwirte zugrunde gehen. Die Stimmung in diesen Kreisen sei verzweifelt und werde zu einer ersten Gefahr für das Vaterland.

Im weiteren Verlauf der Tagung erklärte Ministerialdirektor Hoffmann als Vertreter der Behörden, bezüglich des Aufwertungsgesetzes seien die Parteien über das richtige Maß hinausgegangen. Für die Landwirtschaft werde sich durch den hohen Zinsfuß eine schwere Belastung ergeben. Durch die Rentenbankkreditanstalt werde hoffentlich eine fühlbare Erleichterung auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Kredits erreicht werden. Der Zinsfuß müde aber für lange Zeit viel ungünstiger als vor dem Kriege bleiben.

Es wurde alsdann eine Entschließung angenommen, in der u. a. festgestellt wird, daß die für die direkte Besteuerung vorgesehenen Steuersätze eine schwere Belastung des Produktionsvermögens bedeuten, deren Zahlung zur Zeit aus dem Ertrag unmöglich sei und nur bei einer wesentlichen Besserung der Wirtschaftslage tragbar sei. Die Zinslast übersteige heute schon in vielen Betrieben die Vorkriegszinsen. Die Entschließung wendet sich gegen die steuerliche Belastung des Kindes- und Gattenerbes und fordert u. a. die Beseitigung der verdeckten Einbuhrprämie auf dem Gebiet der Umsatzsteuer, sowie eine allgemeine Senkung des Umsatzsteuer-satzes.

Im Anschluß an ein Referat des Staatsministers a. D. Dr. Lenke wurde eine weitere Entschließung angenommen, in der erklärt wird, die deutsche Landwirtschaft sei nicht imstande, die jährlich 200 Millionen belaufende Zinszahlung der empfangenen Wirtschaftskredite an die Deutsche Rentenbank vorzunehmen, wenn ihr nicht eine besondere Kreditquelle zur Hilfeleistung und Stützung eröffnet werde. Diese Kreditquelle erblicke der Landwirtschaftsrat in der Rentenbankkreditanstalt, die vom Reichsrat vorgeschlagenen Änderungen des entsprechenden Gesetzentwurfes seien unannehmbar. Der Landwirtschaftsrat erwarte, daß der Reichstag den Gesetzentwurf in der Fassung der Reichsregierung annehme.

## Vertragsloser Zustand mit Polen.

Berlin, 16. Juni. In der vergangenen Nacht ist der Vertrag abgelaufen, wonach Deutschland für bestimmte Kontingente an Polen Zollvergünstigungen gewähren mußte. Da auch in letzter Stunde keinerlei Abmachungen zwischen Deutschland und Polen getroffen wurden, ist heute der autonome Zolltarif in Kraft getreten. Es können also über den heutigen Termin hinaus noch polnisch-oberösterreichische Kohlen vertragsmäßig eingeführt werden, bis das Kontingent von 250 000 T. erreicht worden ist. Im übrigen herrscht in den Handelsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland ein völlig vertragsloser Zustand.

## Umfangreiche Wiederherstellungsarbeiten bei der Deutschen Reichsbahn.

Berlin, 16. Juni. (Drahtb.) Wie die „Bos. Ztg.“ erzählt, hat die Reichsbahn zur Wiederherstellung des Oberbaues und des Schienenkörpers an den Stahlwerkverband einen Auftrag von 300 000 bis 380 000 T. Oberbaumaterial vergeben. Das Objekt beträgt ca. 50 Millionen Reichsmark. Die Summe soll aus Betriebseinnahmen aufgebracht werden, so daß wöchentliche Ratenzahlungen für die Abdeckung in Frage kommen.

## Streikdrohung der württembergischen Eisenbahner.

Stuttgart, 16. Juni. (Drahtb.) Die Generalversammlung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Landesverband Württemberg, beschloß nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Groß einstimmig, in einem Telegramm an die Reichsbahngesellschaft zu verlangen, daß die Dringlichkeit für die Reichseisenbahnarbeiter in den Industriegebieten auf 50 Proz. und für das übrige Gebiet auf 30 Proz. festgesetzt werde. Wenn die gesamte Lohnverbesserung nicht erfolge, sei die Arbeitsniederlegung unvermeidlich. Die Güterbodenarbeiter des Hauptbahnhofes in Stuttgart haben die Arbeit bereits niedergelegt.

## Die Rückkehr Trendelenburgs nach Paris.

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 16. Juni. (Drahtb.) Staatssekretär von Trendelenburg, der die Leitung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wieder übernommen hat, wird, wie

wir hören, noch im Laufe dieser Woche mit dem Außenminister Briand sowie dem französischen Handelsminister konferieren. Die bisherigen Verhandlungen haben in dem wichtigsten Punkte zu einem Einvernehmen geführt, doch wird deutscherseits hervorgehoben, daß noch immer Schwierigkeiten auftreten können, da nicht alle Meinungsverschiedenheiten gänzlich behoben sind. Staatssekretär Trendelenburg wird vielmehr versuchen müssen, den deutschen Standpunkt nachdrücklich zur Geltung zu bringen, um ein annehmbares Ergebnis der Verhandlungen zu erzielen.

## Dr. Luther gegen die unwürdige Behandlung Deutschlands.

Newport, 15. Juni. (Drahtb.) In hiesigen Zeitungen wird ein Aufsatz des Reichsanwalters Dr. Luther aus der „Zeitschrift für auswärtige Angelegenheiten“ veröffentlicht, in dem Dr. Luther betont, daß bis jetzt die Formel der allgemeinen Entwaflnung, wie sie im Versailler Friedensvertrag geföhrt worden sei, nicht zu einer Befriedigung Europas geföhrt habe, sondern daß die Entwicklung vielmehr in einer geradezu entgegengesetzten Richtung verlaufen sei. In den Gehirnen vieler Leute in Frankreich bestehe ein Geisteszustand, der erfüllt sei mit Bildern von angeblichen Gefahren, die von Deutschland her drohen. Diese Vermutungen seien unverständlich. In Erörterung dieses Aufsatzes schreiben „Newport Times“, es sei nicht wenig von Bedeutung, daß der Kanzler in so ausgesprochener Weise über die Behandlung Deutschlands durch die Alliierten Klage führt. Diese Ausführungen seien indessen nicht in extreme Form gekleidet. Der Kanzler ziele darauf hin, daß Abkommen getroffen werden, die Deutschland in den Stand setzen, seinen alten Platz im wirtschaftlichen Leben Europas wieder einzunehmen.

## Tagung der vorläufigen Heereskammer.

Berlin, 15. Juni. Heute trat im Reichswehrministerium die vorläufige Heereskammer zusammen. Reichswehrminister Dr. Götler machte längere Ausführungen über die Maßnahmen zur Besserung der Lage der Angehörigen der Wehrmacht und über den Stand der Verhandlungen darüber mit den gegebenden Körperschaften. Er äußerte sich ferner über die beabsichtigte Änderung des Militärstrafgesetzbuches und der Militärgerichtsordnung. Nach der Rede Dr. Götlers trat die Kammer unter Vorsitz des Generalstabsarztes Dr. Stok in die Einzelberatung über wirtschaftliche Fürsorge und Versorgungsfragen ein.

## Das Pfarrhaus-Jubiläum in Wittenberg.

Wittenberg, 15. Juni. Die Rundgebung zum vierhundertjährigen Jubiläum des Evangelischen Pfarrhauses wurde dadurch verstärkt, daß der Gesamtverband der Evangelischen Frauenhilfe seine Jahresversammlung mit dieser Feier vereint hatte. Am Sonnabend fanden sich die Teilnehmer zu einer Begrüßungsfeier zusammen. Am Sonntag vormittag fand ein Festgottesdienst in der Stadtpfarrkirche statt, wo Generalluperintendent Professor D. Schöttler (Magdeburg) die Festpredigt hielt. Bei Festakt in der Schloßkirche sprachen Hauptpastor Knoke (Hamburg) über „Luthers Heirat als Reformationstag“ und Frau Pfarrer Zimmermann über „Luther und das deutsche Familienleben.“ Am Nachmittag fand die Grundsteinlegung der Katharinenkapelle statt. Generalluperintendent D. Schöttler hielt die Weiherede. Der Katharinentag fand seinen Abschluß in einem schlichten Fest, das die Lutherstadt Wittenberg den Gästen gab.

In Berlin wurde die 400. Wiederkehr des Hochzeittages Martin Luthers vom Berliner Pfarrerverein mit einer liturgischen Andacht im Dom feierlich begangen. Domprediger D. Doering sprach in Anknüpfung an das Heilandswort Lukas 19, Vers 5, von der Pflicht des evangelischen Pfarrhauses, in Jesu Geist der Kirche und dem Vaterlande zu dienen.

Sonntag mittag 12 Uhr füllte eine unübersehbare Menschenmenge den Platz vor dem Lutherdenkmal am Neuen Markt. Nüchtern hielten die evangelischen Choräle über den Platz, Generalluperintendent Dr. Dibelius würdigte in kurzen eindringenden Worten die Bedeutung des 13. Juni 1523, wo Martin Luther das Recht des deutschen evangelischen Hauses und die Pflicht zur Familie der katholischen Ehelosigkeit gegenüberstellte. Pfarrer Neubauer legte im Namen des Berliner Pfarrervereins als dessen Vorsitzender einen Kranz am Lutherdenkmal nieder. Er sprach von der Bedeutung des evangelischen Pfarrhauses, das auch in dieser schweren Zeit — das dürfe mit Stolz bekannt werden — seine Pflicht getan habe.

## Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 16. Juni.

Ein neues Gastspiel des Oberlausitzischen Bauerntheaters. Das von seinem letzten Gastspiel noch bestens bekannte Falkentheater unter der Direktion des Herrn Riedel, kommt diese Woche noch einmal zu einem kurzen Gastspiel in das Schützenhaus. Die Künstlertruppe gastierte mit großem Erfolg im Stadttheater Jittau und gegenwärtig mit großem Erfolg im Stadttheater in Bautzen vor ausverkauftem Hause. Seltener hat in Bautzen eine Theatertruppe solche Erfolge errungen wie die wackeren Bauern. Es wird aber freudig begrüßt werden, daß wir die Künstler noch einmal hier sehen können. Als erstes Stück kommt am Donnerstag „Der siebte Bau“, die tolle Bauernposse, die bei ihrer ersten Aufführung einen so großen Erfolg hatte, zur Aufführung. Kartenverkauf ist wieder in der Buchhandlung von Bruno Grafe, am Markt.

Elternrats-Sitzung. In der gestern abend vom Schulleiter, Herrn Oberlehrer May, einberufenen ersten Sitzung des Elternrats auf das Schuljahr 1925/26 wurde Herr Kaufmann Rihloff zum 1. Obmann und Herr Teglarbeiter Arndt zu dessen Stellvertreter, sowie Herr Buchbinder Hude zum Schriftführer einstimmig gewählt. Dem Wunsch vieler Eltern, daß doch beim Baden der Mädchen nur die Lehrerinnen die Aufsicht führen möchten, soll von seiten der Schulleitung entsprochen werden. Ebenso soll beim Schulausschuß um Bewilligung der Mittel zur Anschaffung einiger Badeanzüge für Mädchen, deren Eltern zur Anschaffung solcher nicht in der Lage sind, nachgesucht werden. Eine Anregung, im nächsten Jahre doch wieder

einmal  
leichte  
schuß  
Vertreter  
einen A  
Religion  
zu erteil  
daß seit  
Religion  
des Wa  
hervorhe  
feinen  
früher  
einem I  
men zu  
regung  
um  
Rauch  
wurde  
—  
Sonnab  
beschloß  
Sonntag  
mäßig  
eingewei  
Weiter  
Vergnü  
einige  
findet  
lebung  
lung ge  
wurde  
11. Juli  
Demig-  
beten, si  
—  
schießt  
am  
Hauptpu  
schen, we  
henhauf  
Begen d  
Festliche  
wollen  
schaften  
Schießen  
herr Hpt  
fannt. D  
den der  
auszubau  
anzulegen  
zur And  
wurde au  
geben, d  
bewährte  
nur mit  
—  
morgen  
terberg,  
dung stat  
willkomm  
—  
der schwe  
sche Land  
sich durch  
durch Be  
—  
Zi  
in besser  
zu verme  
Zimmer  
bis. Bl. er  
—  
Möbl  
mit 2 Bett  
zu erwa  
stelle dies  
—  
St  
hat noch  
Ernf  
Neben  
—  
Nähm  
S. &  
ist preisw  
Baug  
Komplet  
und Gl  
berjäh. k  
großes r  
ent. Be  
akt. Be  
jonte  
Damen-  
billig zu  
Rabers  
—  
Ha  
—  
Augu